

Affäre Hohmann

# Antisemitismus als Meinungsfreiheit?

Mit dem eingeleiteten Parteiausschlussverfahren aus der CDU ist die Affäre Martin Hohmann politisch entschieden. Doch konservative Christen sind von der Union enttäuscht und suchen Hohmann weiter zu entlasten.

Von Veronika Nickel

Die Reden zum Volkstrauertag waren kaum verhallt, die Gräueltaten zweier Weltkriege noch in unangenehmer Erinnerung, da verkündete am Montagmorgen eine Anzeige im Münchner Merkur eine ungewöhnliche Botschaft: Ein überzeugter Christ kann kein Antisemit sein.

In der Anzeige des Vereins »Die Deutschen Konservativen e.V.« wird der für seine Rede am 3. Oktober in die Kritik geratene CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann als Opfer von falschen Anschuldigungen dargestellt. Im Text heißt es, er werde »mit einer nie gekannten Schmutzkampagne überzogen«. Unter einem groß aufgezogenen Bild des verstorbenen Fuldaer Erzbischofs Jph.annes Dyba steht die Behauptung! »Wäre er noch am Leben — schützend würde er vor Martin Hohmann stehen«. Die ganzseitige Anzeige fordert in Anlehnung an die katholische Tradition der Heiligenverehrung sogar dazu auf, den Erzbischof um Hilfe anzurufen (»Christen beten zu Erzbischof Dyba«) und suggeriert dem Leser dadurch eine vermeintliche Seligsprechung Dybas seitens des Vatikans. Den Angehörigen Dybas war dies zu viel. Sie legten sofort nach der Veröffentlichung Protest ein.

## Problematische Entlastungsstrategien

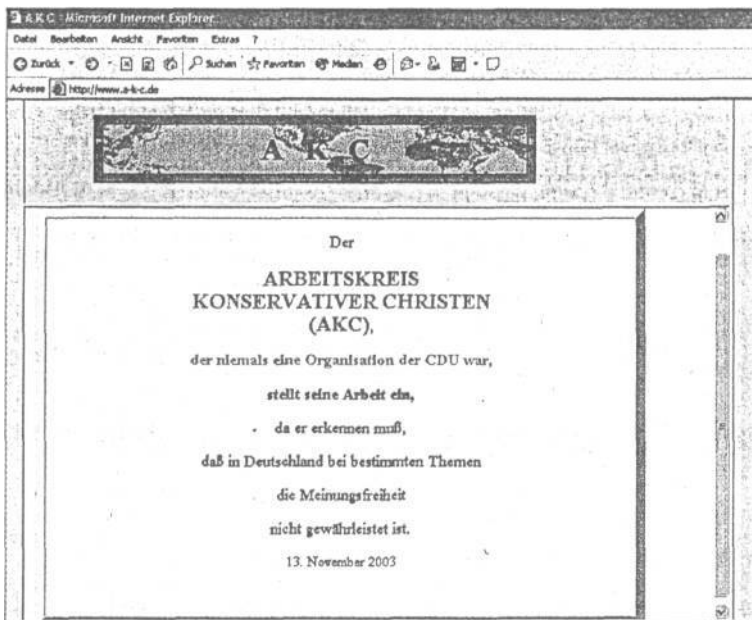
Für Kirchenrat Dieter Breit, Politikbeauftragter der bayerischen evangelischen Landeskirche, ist die Anzeige Ausdruck einer »doppelten geistigen Verwirrung«. Denn Christen beten zu Gott und nicht zu einzelnen Menschen. Darüber seien sich sowohl die evangelische wie die katholische Kirche einig. Offensichtlich haben, so Breit, die Verfasser dieser Anzeige wenig Kenntnis in Fragen des christlichen Glaubens.

Aber auch in politischer Hinsicht sei diese Anzeige nicht nachvollziehbar, betont Breit. Der Abgeordnete Hohmann sei »konsequenterweise« aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausgeschlossen worden, weil er durch seine »stark antisemitisch geprägten Äußerungen« zu erkennen gegeben habe, dass es ihm am nötigen Geschichts- und Verantwortungsbewusstsein mangle.

Der Fall Hohmann, der immer noch für Schlagzeilen sorgt, ist in politischer Hinsicht entschieden. Das gesamte Spektrum der demokratischen Parteien hat seine Äußerungen inhaltlich öffentlich nicht unterstützt. Die CDU zog nach einigem Hin und Her schließlich Konsequenzen und schloss ihn aus der Bundestagsfraktion aus. Ein Parteiausschluss ist eingeleitet. Dabei wurde immer wieder auf die antisemitische Logik in seiner Rede verwiesen. Eine Logik, nach der Juden die totalitäre Diktatur erfunden ha-



In der Anzeige des Vereins »Die Deutschen Konservativen e.V.« wurde der für seine Rede am 3. Oktober in die Kritik geratene CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann als Opfer von falschen Anschuldigungen dargestellt. Durch das Verfahren gegen Hohmann sehen politisch rechts stehende Christen die Meinungsfreiheit gefährdet. So sieht es auch der Arbeitskreis Konservativer Christen (AKC), der behauptet, in Deutschland sei bei bestimmten Themen die Meinungsfreiheit nicht gewährleistet.« Repros: sob



ben. Die Tatsache, dass Hohmann sich dem großen C im Namens-kürzel seiner Partei besonders verpflichtet fühlt, verleiht dem Ganzen eine besondere Note. Denn vor Hohmanns christlichem Hintergrund tauchen eine Reihe problematischer Entlastungsstrategien auf. In einem Porträt unter dem Titel »Wie ein

christlicher Judenfreund zu einem »lupenreinen Goebbels« (gemacht) wurde«, listet Helmut Matthies, Leiter der evangelischen Nachrichtenagentur *idea*, mehrere Aktivitäten Hohmanns in Zusammenhang mit jüdischen Einrichtungen auf. Unter anderem habe er sich als Bürgermeister in Neuhoof dafür eingesetzt,

»den jüdischen Friedhof wiederherzustellen und die Verfolgung der Juden »aufzuarbeiten«. Auf gut einer Seite versucht Matthies, Hohmanns integre Absichten nachzuweisen und dadurch von dem eigentlichen Inhalt der Rede Abstand zu gewinnen.

Laut einer aktuellen Forsa-Umfrage sind 23 Prozent der Deutschen latent antisemitisch. Bei Matthies findet jedoch eine Ursachenforschung nicht statt. Vielmehr wird argumentiert, Hohmann könne allein aufgrund seines Engagements als Antisemit von vorneherein gar nicht in Betracht kommen. Die Überlegung, dass die Inhalte der Rede Hohmanns ideale Steilvorlagen für einen Antisemitismus bieten können, hat hier keinen Raum.

Gegenüber dem *Sonntagsblatt* erklärte Matthies, dass er die »Forderung« des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Wolfgang Huber, Hohmann aus der Fraktion auszuschließen, für »deplaziert« halte, da Hohmann katholisch sei. Zusätzlich kritisiert er den Berliner Bischof noch auf eine andere Weise. So verweist er darauf, dass der Vater von Huber ein »führender Jurist in der Nazizeit« gewesen sei, dem Huber »eine zweite Chance gegeben hat, indem er gemeinsam mit ihm ein Buch veröffentlicht« habe. Entsprechend hätte Martin Hohmann aber »auch eine zweite Chance verdient«. Diese entstellende Vermischung und Aufrechnung von zwei völlig unterschiedlichen Sachverhalten hat immerhin eine pikante Note: Der Vergleich verfrachtet den eben noch als »Judenfreund« titulierten Hohmann in die Vergangenheit und macht - wenn auch sicher unfreiwillig - aus ihm einen vermeintlichen Nationalsozialisten.

## Beweis, dass man »bestimmte Dinge nicht sagen darf«

Auch konservative Christen, die die Rede für falsch halten, melden Kritik an dem Verfahren an und sprechen von einem politischen »Todesurteil« als Antwort auf eine Medien-Kampagne gegen die Union. Noch einen Schritt weiter geht der Arbeitskreis Konservativer Christen (AKC), der sich lange Zeit vergeblich bemüht hat, in die CDU aufgenommen zu werden. Dort wird das Verfahren gegen Hohmann als Beweis geführt, dass man bestimmte Dinge nicht mehr sagen dürfe. Auf der Website erschien zeitweise der lapidare Satz: »Der AKC, der niemals eine Organisation der CDU war, stellt seine Arbeit ein, da er erkennen muss, dass in Deutschland bei bestimmten Themen die Meinungsfreiheit nicht gewährleistet ist.« Was darf man nicht mehr sagen? Dass »Juden mit einiger Berechtigung als Tätervolk« (Zitat Martin Hohmann) zu sehen sind? In ähnlicher Weise äußert sich auch

## Eine Welle des Antisemitismus zieht sich durch Europa

Kritik an Scharon fällt nicht unter „Judenhass“

VON WALTER„LAQUEUR

London - Antisemitismus ist wieder ein Thema geworden und nicht nur in Deutschland. Synagogen und jüdische Schulen sind angegriffen worden, Mikis Theodorakis, der griechische Komponist, hat erklärt, dass die Juden an allem schuld seien, Scharon warnt, dass die Präsenz von Millionen von Moslems in Europa eine Gefahr für die Juden darstellt. Die Europäische Union hat eine Studie in Auftrag gegeben über den Antisemitismus, die jedoch nicht veröffentlicht wird, da sie, wie die Verantwortlichen nicht mit Unrecht annehmen, Widerspruch auslösen wird, vor allem bei den Antisemiten selbst. „Al Ahram“, die führende Zeitung in der arabischen Welt, berichtet (ohne sich damit zu identifizieren) über eine neue Verschwörungstheorie im Nahen Osten: Die Juden, die bekanntlich die deutsche Modeindustrie beherrschen, haben vor Jahren beschlossen, dass die Damenkleider kürzer werden. Das wiederum hat zu einer allgemeinen Lockerung der Sitten und zur Degeneration Europas überhaupt geführt. Die Miniröcke und der Untergang des Abendlandes.

Die Gründe für das Wiederaufleben des Antisemitismus liegen auf der Hand. 60 Jahre sind vergangen, die Post-Holocaust-Schonzeit ist zu Ende. Es ist lästig geworden, immer wieder daran erinnert zu werden. Die Präsenz von Millionen von Moslems in Europa spielt eine gewichtige Rolle; natürlich ist es wahrheitswidrig zu behaupten, dass sie alle am Aufblühen des Antisemitismus beteiligt sind. Aber es ist ebenso unsinnig, das Gewaltpotenzial der jungen Islamisten zu unterschätzen. Dazu kommt noch, dass Antisemitismus, der in seiner radikalen Form in der Vergangenheit von der äußersten Rechten kam, in den letzten Jahren auf die radikale Linke übergegriffen hat. Trotzisten, Anarchisten, Feministen, Antiglobalisten sind mit den intellektuellen Modeströmungen mitgegangen - man braucht nicht mehr aus seinem Herzen eine Mördergrube machen.

Natürlich fällt das Wort Antisemitismus nicht in diesen Kreisen, und ihre Inspiration beziehen sie nicht aus dem „Stürmer“, dem einstigen Hetzblatt der Nazis. Gegen Juden per se habe sie nichts, nur gegen Zionisten. Wenn dies stimmte, ließe sich dagegen im Prinzip nichts einwenden, denn an der Politik des Staates Israel gibt es viel auszusetzen, und die Regierung Scharon hat viel zu der Unpopularität Israels in der Welt beigetragen. Unter Rabin und Peres waren die Angriffe gegen die Juden in Europa weit weniger häufig. Die Tendenz, alle Kritik an der Politik des Likud als Antisemitismus abzutun, ist lächerlich, demagogisch und überzeugt niemanden.

Doch das ist nicht die ganze Antwort, denn häufig verbirgt sich hinter den Angriffen auf Israel eine

antisemitische Grundhaltung. Auch das ist kein neues Phänomen. Das große Pogrom, das Stalin in seinen letzten Lebensjahren vorbereitete (und dem viele Juden zum Opfer fielen), hatte nichts mit Zionismus zu tun; die Opfer waren loyale Sowjetbürger, Ärzte, alte Parteimitglieder, aber in der Propagandakampagne fiel nie das Wort Antisemitismus, man hatte nichts gegen die Juden, nur gegen die Zionisten. Aber wie der Zufall es so wollte (so hieß es), waren eben die meisten Juden Zionisten, und wenn sie es nicht waren, so waren sie jedenfalls verdächtig.



Walter Laqueur

Es war wahrscheinlich unvorsichtig von der Europäischen Union, eine

Studie über Ursachen des gegenwärtigen Antisemitismus in Auftrag zu geben. In der gegenwärtigen Lage gebietet es die Political Correctness, den Schleier über dieses Thema nicht zu lüften. Die Wahrheit darüber zu sagen ist riskant, unpopulär (wie die Umfragen ergeben) und muss Widerspruch hervorrufen. Die Aufgabe der EU, wie die Verantwortlichen es dort sehen, ist nicht die Wahrheitssuche, sondern die Suche nach einem größtmöglichen gemeinsamen Nenner. Und da passt der neue Antisemitismus, und was man dagegen tun kann, eben nicht hinein. Doch bedeutet das, dass jeder, der die gegenwärtige Politik des Staates Israel kritisiert, sich nun dem Vorwurf aussetzt, ein Antisemit zu sein? Wohl kaum, doch der Test ist einfacher, als man denkt. Wenn ein Palästinenser, der in den besetzten Gebieten lebt, die israelische Regierung und das Militär als den Feind sieht und dagegen kämpft, so ist das natürlich.

Wenn dagegen Politiker und Intellektuelle, die mit dem Konflikt keine Verbindung haben, in ihren Beschlüssen, Reden und Artikeln sich auf Israel und nur auf Israel konzentrieren, wenn sie alle anderen Bürgerkriege, Konflikte, ungerechte Verhaftungen, Besetzungen, Unterdrückung von Minderheiten, Verletzungen von Menschenrechten ignorieren, wenn sie von all der Ungerechtigkeit, all dem Blutvergießen in der Welt nur diesen einen Fall sehen wollen, dann besteht Grund zur Annahme, dass das, was sie motiviert, nicht ihr Gerechtigkeitsgefühl ist, sondern dass andere Motive im Spiel sind.

Dass es eine neue Welle des Antisemitismus in Europa gibt, lässt sich nicht bestreiten, man soll sie weder über- noch unterschätzen. Einige Gründe haben wir erwähnt - der Holocaust ist in weite Ferne gerückt, antijüdische Ressentiments haben auf die Linke übergegriffen, und die Aggressivität der jungen Islamisten in Europa richtet sich häufig gegen die Juden. Doch auch wenn man alle diese Faktoren in Betracht zieht, so bleibt (wie der große englische Historiker Lewis Namier einmal schrieb) ein unerklärlicher Rest, den auch die Arbeitsgruppe der EU nicht finden wird.

30. November 2003 / Nr. 48

GLAUBE U

der Vorsitzende der konservativen »Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland (ENiD), Ulrich Motte (München): »Der selbstverständlich notwendige Kampf gegen den Antisemitismus darf nicht dazu führen, dass man Martin Hohmann einfach ohne »saubere« Definition des Begriffs Antisemitismus unterstellt, bei aller Fragwürdigkeit mancher Aussagen Hohmanns.« Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit dürfe nicht mittels neuer Vorurteile ausgehöhlt werden.

Für sich spricht dabei ein Text des Diplomtheologen Walter Rominger, den man auf der Internet-Website der »Evangelischen Notgemeinschaft« abrufen kann. So schreibt er unter dem Titel »Die Unwandelbarkeit der Zehn Gebote im Wandel der Zeit«: »Somit müssen wir auch urteilen, dass die Juden das Heil verfehlen, auch wenn sie dieses Gebot haben, denn sie erkennen Jesus nicht als ihren Messias an. Sie haben sich mit Jesus auseinander gesetzt und ihn als ihren Messias verworfen. Damit ist das heutige Judentum ein ganz anderes, als das zur Zeit des Alten Testaments, das das Judentum vor Christus war. Damit trägt das heutige Judentum antichristliche Züge.« Und wieder sind »die Juden« das Tätervolk — auch auf religiöser Ebene.

Trotz dieser Ausfälle sieht *idea*-Chef Matthies in evangelikalen Kreisen Philosemitismus verbreitet, fügt aber sogleich hinzu, dies dürfe »nicht so weit übertrieben werden, dass man die Politik Israels nicht mehr kritisieren kann«. Mit diesem weit verbreitetem Stereotyp wird gegenüber den in Deutschland lebenden Juden inzwischen oft argumentiert. Indem ihnen eine Mitverantwortung an der Politik Israels aufgehalst wird, werden sie unter der Hand zu Staatsbürgern Israels deklariert. Dass in Deutschland lebende Juden jedoch deutsche Staatsbürger sind, die vielleicht

auch nicht mit allen politischen Entscheidungen der israelischen Regierung konform sind, wird dabei übersehen. Fast 60 Jahre nach dem Ende des Holocaust werden Deutsche jüdischen Glaubens einer nationalsozialistischen Ideologie folgend somit immer noch als eine Art »Fremdkörper« eingestuft. Vor diesem Zusammenhang warnt auch Hans-Jürgen Müller (Neuendettelsau), theologischer Referent des Arbeitskreises »Begegnung von Christen und Juden«. Neben vielen kursierenden Varianten des Antisemitismus beklagt er die bei manchem christlichen Theologen auftretende antijudaistische Version, Juden seien - mit Verweis auf das Alte Testament - vergeltungs-süchtig.

Aufklärung tut also weiter auch in der christlichen Kirche Not. Oder soll Spiegel-Redakteur Henryk M. Broder Recht behalten, der angesichts der Affäre Hohmann vorschlägt, einfach das Handtuch zu werfen und es aufzugeben, den Antisemitismus mit Aufklärung bekämpfen zu wollen? Die erste Feststellung ist, dass Christsein allein Antisemitismus noch nicht überwindet. Für christlich fundierten Antisemitismus bieten nicht erst die Entlastungsstrategien für Hohmann den Erweis.

Nicht nur konservative Christen sind jetzt gefordert, Antisemitismus und Anti-Judaismus entgegenzutreten, es betrifft alle Christen. Um es mit Hilde Domin zu sagen: Wir als christliche Kirche sind verantwortlich, für unseren älteren Bruder das Judentum einzustehen - wo auch immer er angegriffen wird. »Ich bin dein Hüter, Bruder, wie sollte ich nicht dein Hüter sein.«

Die Rede Martin Hohmanns  
I zum 3. Oktober haben wir  
@ auf unserer Internetseite  
www.sonntagsblatt-bayern.de doku-  
mentiert.